Detailansicht des Registereintrags

Bernd Westphal

Aktuell seit 26.11.2026 15:41:06

Natürliche Person

Tätigkeit bis 03/25:
Mitglied des Deutschen Bundestages

Registernummer:	R007372
Ersteintrag:	14.05.2025
Letzte Änderung:	26.11.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	01.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Beratungsunternehmen, selbständige Beraterin oder selbständiger Berater

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
Sonstiges, Wirtschaftliche Tätigkeit

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
1 bis 10.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
0,00

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (32):
Arbeitsmarkt; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung"; Außenwirtschaft; Allgemeine Energiepolitik; Energienetze; Erneuerbare Energien; Fossile Energien; EU-Binnenmarkt; EU-

Gesetzgebung; Arzneimittel; Gesundheitsversorgung; Cybersicherheit; Land- und Forstwirtschaft; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung"; Digitalisierung; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen"; Öffentliches Recht; Sonstiges im Bereich "Recht"; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung; Immissionsschutz; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Sonstiges im Bereich "Umwelt"; Güterverkehr; Sonstiges im Bereich "Verkehr"; Bank- und Finanzwesen; E-Commerce; Handel und Dienstleistungen; Industriepolitik; Verbraucherschutz; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft"

Die Interessenvertretung wird ausschließlich im Auftrag Dritter selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:
Bei den Angaben zum abgelaufenen Geschäftsjahr handelt es sich um mein abgelaufenes Steuerjahr. Meine Beratertätigkeit wurde ab April 2025 aufgenommen.

Zum Zwecke der Interessenvertretung werden Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung und der Bundesministerien sowie mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages zur Erläuterung von Änderungsnotwendigkeiten hinsichtlich einer Vielzahl von Themenfeldern, geführt.
Zweck der Interessenvertretung ist es, die Sicht der beauftragenden Organisationen zu vermitteln. Darüber hinaus werden in Einzelfällen auch Stellungnahmen und Gutachten zu konkreten Regelungsvorhaben erarbeitet und übermittelt.

Konkrete Regelungsvorhaben (17)

1. **Änderung des Kohlendioxidspeichergesetzes zur Ermöglichung von CCS in Deutschland**

   Beschreibung:
   Grundsätzliche Erlaubnis der kommerziellen Abscheidung, Transport und Speicherung von CO2 im In- und Ausland.

   Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:
   Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes
   Datum des Referentenentwurfs: 02.06.2025
   Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle RV hierzu]

   Betroffenes geltendes Recht:
   KSpG [alle RV hierzu]

   Interessenbereiche:
   Fossile Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

2. **Schaffung eines planungssicheren Rahmens im Umweltrecht**

   Beschreibung:
   Um Innovationen zu fördern und wirtschaftliche Planungssicherheit zu gewährleisten, sollte die aufschiebende Wirkung von Widersprüchen abgeschafft oder begrenzt werden. Eine

Änderung des UmwRG könnte festlegen, dass Rechtsmittel keine verzögernde Wirkung mehr entfalten. Widersprüche wären weiterhin zulässig, würden jedoch keine unmittelbare Blockade mehr verursachen.

Betroffenes geltendes Recht:
UmwRG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2509290116** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 25.09.2025 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

   Versendet am 25.09.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

3. **Weitere Zulassung von antikoagulanten Substanzen**

Beschreibung:
Angesichts der strengen Hygiene- und Sicherheitsvorschriften entlang der Lebensmittellieferkette sollte der Einsatz von Antikoagulanzien nicht nur bei nachgewiesenem Befall, sondern auch bei einem qualifizierten Befallsrisiko erlaubt sein.

Betroffenes geltendes Recht:
ChemBiozidDV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2509290112** (PDF - 1 Seite)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 05.08.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

4. **Beschränkungsverfahren nach REACH-VO Calciumcyanamid, Verhinderung eines Totalverbots von Calciumcyanamid als Düngemittel**

   Beschreibung:
   Begleitung des laufenden REACH-Beschränkungsverfahrens auf EU-Ebene, um eine verhältnismäßige und sachgerechte Regelung für das Düngemittel Calciumcyanamid zu erreichen. Der Bundesregierung sollen vertiefende Informationen und Sachargumente zur Verfügung gestellt werden, damit sie gegenüber der EU-Kommission darauf hinwirken kann, das im Rahmen des laufenden REACH-Beschränkungsverfahrens auf EU-Ebene diskutierte Verbot von Kalkstickstoff als Düngemittel nicht umzusetzen. Stattdessen sollen den Mitgliedstaaten alternativ verhältnismäßigere Risikominderungsmaßnahmen vorgeschlagen werden.

   Interessenbereiche:
   Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

5. **Novellierung und Mitgestaltung in der Umsetzung des Postgesetzes, um Dienstleistungen an das digitale Zeitalter anzupassen**

   Beschreibung:
   Durch die zügige Umsetzung des Gesetzes sollen unumkehrbare Strukturbrüche im Bereich des Universaldienstes abgewendet werden und eine hochwertige Versorgung mit postalischen Dienstleistungen zu bezahlbaren Preisen sichergestellt werden. Dazu zählt auch die Erhaltung eines finanzierbaren Universaldienstes sowie die Erweiterung von Regelungen zur Gewährleistung fairer Arbeitsbedingungen. Zudem sollen die Rahmenbedingungen für eine klimafreundliche Zustellung geschaffen werden.

   Bundestags-Drucksachennummer:
   BT-Drs. 20/10283 (Vorgang) [alle RV hierzu]
   Gesetz zur Modernisierung des Postrechts (Postrechtsmodernisierungsgesetz - PostModG)
   Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

   Betroffenes geltendes Recht:
   PostG 2024 [alle RV hierzu]

   Interessenbereiche:
   Digitalisierung [alle RV hierzu]; E-Commerce [alle RV hierzu]; Güterverkehr [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [alle RV hierzu]; Öffentliches Recht [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

6. **Stufenweise Einführung der Nachhaltigkeitsberichterstattung für Unternehmen**

   Beschreibung:
   Forderung nach Gleichbehandlung der Tochtergesellschaften und selbstständigen Einzelhändler des genossenschaftlich organisierten EDEKA-Verbunds mit den nach dem Gesetzesentwurf privilegierten Genossenschaften der Realwirtschaft.

   Bundesrats-Drucksachennummer:
   BR-Drs. 385/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen
Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
HGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2512220037** (PDF - 1 Seite)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 13.10.2025 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

7. **Entlastungen bei Strompreisen**

   Beschreibung:
   Unterstützung der im Koalitionsvertrag vorgesehenen Entlastungen für alle Unternehmen und privaten Verbraucher bei der Senkung der Stromsteuer auf das EU-Mindestmaß und Netzentgelten.

   Betroffenes geltendes Recht:
   StromStG [alle RV hierzu]

   Interessenbereiche:
   Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]

8. **Geeignete industriepolitische Rahmenbedingungen für Schaltanlagen**

   Beschreibung:
   Es wird darauf hingearbeitet, dass EU-Regelungen zu Schaltanlagentechnologien technologieoffen gestaltet sind und langfristig Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit sichern.

   Interessenbereiche:
   EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]

9. **Diskriminierungsfreie Nutzung des Nachhaltigkeitssiegels**

   Beschreibung:
   Klarstellung, dass Marken und Logos unabhängiger Umweltverbände nicht automatisch als Nachhaltigkeitssiegel qualifiziert werden.

Bundesrats-Drucksachennummer:
BR-Drs. 438/25 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb
Zuständiges Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
UWG 2004 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Sonstiges im Bereich "Recht" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

10. **Unterstützung des gesundheitspolitischen Ziels der Bundesregierung einer flächendeckenden Versorgung mit Arzneimitteln**

Beschreibung:
In der derzeitigen Ausgestaltung der Apothekenreform werden etablierte, bewährte und verlässliche flächendeckende Versorgungsstrukturen für Arzneimittel mit zusätzlichen regulatorischen Anforderungen belastet. Dies steht im Spannungsverhältnis zu den gesundheitspolitischen Zielen einer Entbürokratisierung sowie der langfristigen Sicherstellung einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:
Verordnung zur Änderung der Apothekenbetriebsordnung und weiterer Verordnungen
Datum des Referentenentwurfs: 17.12.2025
Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
ApoBetrO 1987 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Arzneimittel [alle RV hierzu]; E-Commerce [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2603310004** (PDF - 6 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 11.02.2026 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

11. **Bedarfsgerechte Umsetzung Art. 14 EU-Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (EPBD)**

Beschreibung:
Forderung einer zügigen, aber bedarfsgerechten Umsetzung der Richtlinie (EU) 2024/1275 über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (EPBD), in nationales Recht, entsprechend

den Inhalten des Masterplans Ladeinfrastruktur 2030 der Bundesregierung. Es bedarf bei Nichtwohngebäuden (z.B. auf Handelsparkplätzen) einer alternativen Erfüllungsoption, die neben der reinen Anzahl der Ladepunkte auch eine qualitative, nach Ladeleistung berechnete Erfüllungsoption der Ausbauverpflichtung vorsieht.

Betroffenes geltendes Recht:
GEIG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Verkehr" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]

12. **Geeignete Grundlagen zur langfristigen Sicherung von Investitionen, Innovationen & Wettbewerbsfähigkeit des Pharmastandorts Deutschland schaffen**

Beschreibung:
Die geplanten Maßnahmen zur Stabilisierung der Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung greifen deutlich über eine angemessene und wirtschaftlich vertretbare Beteiligung der pharmazeutischen Industrie hinaus. Die Reform droht insbesondere einen Verlust an Planungssicherheit und Investitionsbereitschaft für Arzneimittelhersteller sowie an Innovationen und Wertschöpfung in der Branche und eine Verlagerung von Standorten ins Ausland. Um stabile Rahmenbedingungen zu erhalten, sollten es keine weiteren Belastungen für investierende und forschende Unternehmen geben.

Referentenentwurf:
Gesetz zur Stabilisierung der Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz) (Vorgang) [alle RV hierzu]
Datum der Veröffentlichung: 16.04.2026
Federführendes Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Arzneimittel [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2609300057** (PDF - 27 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 03.09.2026 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

13. **Revision des Europäischen Emissionshandelssystems**

Beschreibung:

Im Rahmen der anstehenden Reform des EU-Emissionshandelssystems (ETS) wird die Sicherstellung von Bestandsschutz, Rechtssicherheit und Investitionssicherheit für betroffene Unternehmen gefordert. Änderungen am bestehenden Rechtsrahmen sollten die Verlässlichkeit bereits getätigter Investitionen nicht beeinträchtigen und planbare Rahmenbedingungen gewährleisten. Ziel ist die Wahrung stabiler und vorhersehbarer regulatorischer Bedingungen im europäischen Industrie- und Klimaschutzkontext.

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

14. **Sachgerechte Ausgestaltung des § 11 Abs. 3 BauNVO**

Beschreibung:
Forderung eines praxistauglichen Maßstabs zu § 11 Abs. 3 BauNVO, um die notwendige Modernisierung der Nahversorgung zu ermöglichen sowie Planungs- und Investitionssicherheit zu verbessern.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/6588 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Städtebau- und Raumordnungsrechts
Zuständiges Ministerium: BMWSB [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
BauNVO [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen" [alle RV hierzu]

15. **Vereinfachung PSM-Zulassung und Behördenverschlankung**

Beschreibung:
Um besser auf den Klimawandel reagieren und um die nationale und europäische Lebensmittelversorgung sichern zu können, müssen Innovationen auch im Bereich Pflanzenschutz deutlich schneller in Anwendung kommen. Hierfür müssen Behörden und Gerichte stark entlastet werden. Ziel ist es, die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln deutlich effizienter, schneller und rechtssicherer werden. Analog zu anderen EU-Mitgliedsstaaten soll hierzu Analyse, Bewertung und Risikomanagement in einer souveränen Behörde gebündelt und Verfahrenshürden beseitigt werden.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:
Gesetz zur Anpassung des Pflanzenschutzgesetzes an unionsrechtliche Regelungen
Datum des Referentenentwurfs: 12.06.2025
Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
PflSchMV 2013 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]

16. **Steuerliche Ungleichbehandlung von Wasserstoff beenden**

    Beschreibung:
    Beendigung der bestehenden steuerlichen Ungleichbehandlung des Einsatzes von Wasserstoff im Verbrennermotor über eine Änderung des §29 des EnergieStG.

    Betroffenes geltendes Recht:
    EnergieStG [alle RV hierzu]; StromStG [alle RV hierzu]

    Interessenbereiche:
    Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

17. **Geeignete Rahmenbedingungen für Netzinfrastruktur in Deutschland**

    Beschreibung:
    Es wird darauf hingearbeitet, dass stabile regulatorische Grundlagen für Planung, Genehmigung und Entwicklung von Stromnetzinfrastruktur bestehen und weiterentwickelt werden, sodass ein verlässlicher Ausbau und Betrieb gewährleistet bleibt.

    Interessenbereiche:
    Energienetze [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (1)

1. **Auftrag**
   Im Rahmen des Auftrags zur Unterstützung der Aufträge der EUTOP Group werden Gespräche mit
   Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung und der Bundesministerien sowie mit Mitgliedern
   des Deutschen Bundestages zur Erläuterung von Änderungsnotwendigkeiten hinsichtlich einer
   Vielzahl von Themenfeldern, insbesondere für die Mandate Hitachi Energy AG, Daimler Truck AG, Alzchem Trostberg GmbH, SHS - Stahl-Holding-Saar GmbH & Co. KGaA, Uniper SE, Exxon Mobil Central Europe Holding, Deutsche Post AG, EDEKA Zentrale Stiftung & Co. KG, Bayer AG, Roche Pharma AG und VTG GmbH geführt. Zweck der Interessenvertretung ist es, die Sicht der beauftragenden Organisationen zu vermitteln.

   Interessenbereiche: Allgemeine Energiepolitik, Arbeitsmarkt, Arzneimittel, Außenwirtschaft, Bank- und Finanzwesen, Cybersicherheit, Digitalisierung, E-Commerce, Energienetze, Erneuerbare Energien, EU-Binnenmarkt, EU-Gesetzgebung, Fossile Energien, Gesundheitsversorgung, Güterverkehr, Handel und Dienstleistungen, Immissionsschutz, Industriepolitik, Klimaschutz, Land- und Forstwirtschaft, Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz, Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben, Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung, Öffentliches Recht, Sonstiges im Bereich "Arbeit und

Beschäftigung", Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung", Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen", Sonstiges im Bereich "Recht", Sonstiges im Bereich "Umwelt", Sonstiges im Bereich "Verkehr", Sonstiges im Bereich "Wirtschaft", Verbraucherschutz

Konkrete Regelungsvorhaben: Änderung des Kohlendioxidspeichergesetzes zur Ermöglichung von CCS in Deutschland, Schaffung eines planungssicheren Rahmens im Umweltrecht, Weitere Zulassung von antikoagulanten Substanzen, Beschränkungsverfahren nach REACH-VO Calciumcyanamid, Verhinderung eines Totalverbots von Calciumcyanamid als Düngemittel, Novellierung und Mitgestaltung in der Umsetzung des Postgesetzes, um Dienstleistungen an das digitale Zeitalter anzupassen, Stufenweise Einführung der Nachhaltigkeitsberichterstattung für Unternehmen, Entlastungen bei Strompreisen, Geeignete industriepolitische Rahmenbedingungen für Schaltanlagen, Diskriminierungsfreie Nutzung des Nachhaltigkeitssiegels, Unterstützung des gesundheitspolitischen Ziels der Bundesregierung einer flächendeckenden Versorgung mit Arzneimitteln, Bedarfsgerechte Umsetzung Art. 14 EU-Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (EPBD), Geeignete Grundlagen zur langfristigen Sicherung von Investitionen, Innovationen & Wettbewerbsfähigkeit des Pharmastandorts Deutschland schaffen, Revision des Europäischen Emissionshandelssystems, Sachgerechte Ausgestaltung des § 11 Abs. 3 BauNVO, Vereinfachung PSM-Zulassung und Behördenverschlankung , Steuerliche Ungleichbehandlung von Wasserstoff beenden , Geeignete Rahmenbedingungen für Netzinfrastruktur in Deutschland

Auftraggeber/-innen (1):

1. **EUTOP Europe GmbH (EUTOP)**

   Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 01/25 bis 12/25:
   1 bis 50.000 Euro

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen:
Der Auftrag zur Interessenvertretung wird selbst ausgeführt

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
0 Euro